

Ein Palästina-Ausschuß des Völkerbunds

Englands Forderung im Widerstreit mit den katholischen Ratsmächten

(Telegramme unsers nach Genf an Islanden-Redaktionsmitglieds)

Ein Erfolg in Genf

Genf, 14. Januar.

Die Vorgeschichte

Die englischen Sorgen in Palästina sind zu einem Hauptstück der bisher ohne sonderliche Aufregung verlaufenen Tagung des Völkerbunds geworden. Bereits am Montag befaßte er sich mit der Palästinafrage auf Grund des Berichts des Ständigen Mandatsausschusses und billigte dessen Absicht, im März eine außerordentliche Tagung den Vorgängen in diesem englischen Mandatsgebiet zu widmen. Aber die Lage in Palästina erheischt dringend Klärung. Das fühlt besonders die englische Regierung, und so hatte sie dem zuständigen Mandatsausschuß einige Tage vor Beendigung seines letzten Zusammenkommens den Vorschlag unterbreitet, es möge auf Grund des Artikels 14 des Mandatsvertrags ohne Verzug ein besonderer Ausschuß ad hoc eingesetzt werden mit der Aufgabe, die Rechte und Ansprüche der Juden und der Araber in bezug auf die Klagemauer in Jerusalem zu studieren, deren Rechte und Ansprüche festzulegen und endgültig zu regeln. Der Mandatsausschuß war aber der Meinung, daß er dieser Forderung der englischen Regierung über den Kopf des Völkerbunds hinweg nicht entsprechen könne, und, wie der Berichterstatter für die Mandatsfragen, der finnländische Minister des Äußern Protape, mitteilte, hat sich der Mandatsausschuß auch nicht einmal entschließen können, dem Völkerbundrat die Annahme des Verlangens in der Form, wie die englische Regierung es gestellt hatte, zu empfehlen; denn er sei der Meinung, daß die Einsetzung eines solchen Ausschusses unvereinbar mit dem Artikel 14 des Mandatsvertrags sei, der dem einzigen Sonderausschuß, den er überhaupt vorsieht, selber die Zuständigkeit vorbehält, alle Fragen, die sich auf die heiligen Orte in Palästina beziehen, aus der Mandatsfrage herauszunehmen und besonders zu behandeln oder behandeln zu lassen. Die Klagemauer sei einer dieser heiligen Orte, und deshalb, das ist die Schlussfolgerung des Mandatsausschusses, müßte dieser einzige Ausschuß auf Grund des Artikels 14 selbst entscheiden über die Einsetzung eines Ausschusses ad hoc, wie England sie fordert.

Der Ausschuß gemäß Artikel 14 besteht aber gar nicht. Die englische Regierung hat seit 1922 den Versuch gemacht, diesen Ausschuß zustandzubringen, stieß dabei jedoch fortgesetzt auf den Widerstand der Vertreter katholischer Staaten im Völkerbundrat, vor allem Italiens, dessen Vertreter offenbar im Einvernehmen mit dem Heiligen Stuhl handelt, aber auch des

Vertreters Frankreichs, das sich bekanntermaßen ebenfalls als Schlichter katholischer Belange im Nahen Osten ausgibt. Da die englische Regierung vornehmlich nichtkatholische Mitglieder in diesem Ausschuß zu haben wünschte, glaubten die katholischen Mächte Grund zu der Klage über Beeinträchtigung des katholischen Glaubens zu haben. Da zu alledem Frankreich und Italien den Vorsitz in diesem Ausschuß beanspruchten, die englische Regierung aber aus naheliegenden Gründen keinem dieser Staaten — Italien erstrebt, wie man weiß, die Übertragung des Palästinaamandats auf sich selber, und Frankreich, welches schon das Mandat über Syrien hat, mag denselben Wunsch hegen; von beiden Staaten aber dürfte England mit einigem Recht befürchten, daß sie den Vorsitz ausnützen würden, die englische Mandats Herrschaft in Palästina nach Kräften bloßzustellen — da also England keinem dieser Staaten den Vorsitz zuge stehen konnte, unterblieb eben die Bildung dieses Ausschusses. Die Frage der heiligen Orte in Palästina und in Jerusalem im besondern ist also noch ungeklärt, und nur weil sie ungeklärt ist, konnten sich wohl die Dinge ereignen, deren die Welt vor einigen Monaten Zeuge war. Da aber einerseits der Widerstand der katholischen Mächte gegen die Bildung dieses Ausschusses, wenn seine Zusammenkunft nicht ihren Wünschen entspräche, fortbesteht, anderseits aber etwas geschehen muß, entschloß sich die englische Regierung zu ihrer Forderung auf Einsetzung eines Ausschusses ad hoc.

Protapes Ausweg

Auch heute stehen sich die Gegenspieler Englands in Palästina von ihrem Standpunkt nicht eigentlich abbringen; denn sie sind noch immer des Glaubens, daß dieser Ausschuß sich möglicherweise als Ausschuß für alle Fragen auswaschen könnte, und außerdem fürchten sie, daß die Zusammenkunft dieses Sonderausschusses die Zusammenkunft des endgültigen Ausschusses vorwegnehmen könnte, weil es schwierig sein würde, ihn um- oder gar neuzubilden. Nicht zuletzt mögen sie in ihrem Verhalten bestärkt worden sein durch die Erwägung, daß die englische Regierung die Absicht haben könnte, die Verantwortung für die Vorgänge in Palästina, dem englischen Mandatsgebiet, auf den Völkerbundrat abzuwälzen und somit auf dem Rücken des Völkerbunds ihr Ansehen in Palästina wiederherzustellen, um, wenn die Schwierigkeiten beseitigt sein würden, wieder selber mehr als Mandatsmacht in den Vordergrund zu treten. Man sieht, die Wettbewerbsmächte bemühen sich nach Kräften, England in Palästina Schwierigkeiten zu bereiten. Anderseits geben sie dadurch England allerdings auch die Möglichkeit zu der Behauptung, es selber trage

Wenden!

ja nicht mehr die Verantwortung für die Vorgänge in Palästina; die Schuld falle vielmehr denjenigen zu, die die Bildung des Ausschusses nach Artikel 14 bisher hintertrieben hätten. Die Engländer ließen bereits in gewissen Blättern diese Auffassung vertreten.

Der Völkerbundrat befand sich also in einer Zwangsmühle. Auf der einen Seite der Widerstand der katholischen Mächte, auf der andern Seite die bestimmte Forderung Hendersons. Heute nachmittag befaßte er sich also noch einmal mit der Angelegenheit.

Henderson verlas eine Erklärung, worin er wiederum den englischen Gesichtspunkt darlegte, einen Ausschuß einzusetzen, der die Frage der heiligen Orte studieren und die Rechte und Ansprüche der Juden und der Mohammedaner bestimmen und endgültig regeln soll. Von dem Artikel 14 des Mandatsvertrags war in dieser Erklärung Hendersons aber nicht mehr die Rede, und so war der Geist des Anstoßes ausgeschaltet. Henderson verlangte jetzt lediglich einen kleinen Ausschuß aus unabhängigen Persönlichkeiten — nicht mehr als drei — deren Unparteilichkeit unbestritten sei und die nichtbritische Staatsangehörigkeit von Ruf sein. Henderson betonte, um die Einwände der Gegner auszuschalten, daß dieser Sonderausschuß ausschließlich für diesen besondern Zweck eingesetzt werde und daß dadurch kein Musterfall geschaffen werden solle, und daß er auch nicht wieder in Tätigkeit treten solle, wenn etwa später wieder einmal Fragen in bezug auf die heiligen Orte auftauchen sollten; der Ausschuß dürfe sich nur den Fragen um die Mlagemauer widmen, und sobald er seine Aufgabe erledigt haben würde, solle die Mitgliedschaft erlöschen.

Der Berichterstatter des Mandatsausschusses des Völkerbunds, Protoppe, arbeitete, während die Sitzung für einige Zeit unterbrochen wurde, eine entsprechende Entschliehung aus, und, ihre Annahme empfehlend, wies er darauf hin, daß der Mandatsmacht die Möglichkeit gegeben werden müsse, ihre Verantwortlichkeit in dem Mandatsgebiet auszuüben, welche Möglichkeit die englische Regierung aber nicht hätte, wenn der Völkerbundrat sich der Bildung dieses ad-hoc-Ausschusses widersetze. Protoppe betonte aber noch ausdrücklich, daß durch die Zustimmung zu diesem Sonderausschuß kein Beispielsfall geschaffen werde in bezug auf die mit der Mlagemauer zusammenhängenden Fragen; über alle Zweifel erhoben sei aber, daß die Rechte und Ansprüche der Juden und Araber an der Mlagemauer endlich geregelt werden müßten.

Der Völkerbundrat gab dann seine Zustimmung zu der Einsetzung dieses Ausschusses; dieser werde aber „mit Billigung“ des Rats seine Tätigkeit ausüben. Einzelne diesen Sonderausschuß betreffende Fragen wird noch ein besonderer Ausschuß des Völkerbunds zu regeln haben. Die englische Regierung muß die Persönlichkeiten, die sie unter eigener Verantwortung in den Ausschuß berufen will, der Billigung durch den Rat unterwerfen.

Der Vertreter Persiens erklärte, daß er, da er nicht die Möglichkeit gehabt habe, die Frage von Grund aus zu prüfen, sich der Stimme enthalten werde; sein Schweigen dürfe nicht als eine Annahme ausgelegt werden; anderseits wolle er sich der Annahme der Entschliehung auch nicht widersetzen. Es ist klar, daß diese Erklärung nicht den wirklichen Grund der Stimmenthaltung des persischen Ratsmitglieds wiedergibt; er dürfte vielmehr darin liegen, daß der persische Vertreter sich nicht der Gefahr aussetzen möchte, daß man ihm vorwerfe, er habe die Belange der mohammedanischen Bevölkerung in Jerusalem „verraten“.

Henderson dankte dem Rat für die Annahme des englischen Vorschlags und sagte, alle Mitglieder des Rats dürften überzeugt sein, daß die englische Regierung aufs lebhafteste ihre Verantwortlichkeit für die Lage in Palästina fühle und daß sie den Schutz der Bevölkerung Palästinas wahrnehme, der ihr durch die Übertragung des Mandats aufgegeben worden sei.

Es war nicht ganz leicht, in dieser Angelegenheit eine Lösung zu finden. Daß der Völkerbundrat aber dennoch eine gefunden hat, einerseits indem die Vertreter der katholischen Mächte von ihrem starren Widerstand abließen, anderseits indem England von seinen ursprünglichen Forderungen wesentlich abstrich, darf man ihm immerhin auf die Habenseite buchen.

Kölnische Zeitung

Nr. 380/81

Palästina vor dem Völkerbund

op Genf, 30. Juli.

Der erste Akt der Völkerbundaussprache über die Palästinafragen, das heißt die Unruhen in Palästina vom Frühjahr 1936 und den englischen Teilungsplan, hat Freitag vormittag begonnen. Um 11 Uhr trat der Mandatsauschuß zu seiner 32. außerordentlichen Tagung zusammen. Die Arbeiten sind auf etwa 14 Tage berechnet.

Die erste Sitzung war öffentlich und von rein formaler Bedeutung. Einleitend gab der Präsident des Ausschusses, der Belgier Orts, einen Überblick über die Ereignisse, die zur gegenwärtigen Tagung geführt haben. Seine Ausführungen wurden durch den Direktor der Mandatsabteilung des Völkerbundssekretariats ergänzt. Nachdem in einer kurzen Ansprache noch klargestellt worden war, daß die gegenwärtige Tagung des Mandatsausschusses auch der Besprechung des englischen Teilungsplans gewidmet sein werde, wurde die Tagesordnung angenommen. Damit war die knapp halbstündige öffentliche Sitzung beendet. Unmittelbar anschließend begannen die Geheimberatungen des Mandatsausschusses. Unter anderem wird der englische Vertreter Ormsby-Gore das Wort ergreifen.

The Times (London)

Nr. 47753

s. a. B24 a

f 4

Palestine and the League

The Royal Commission's plan for the triple division of the mandated territory of Palestine into a Jewish State, an Arab State, and a British mandated area is now being subjected to the closest critical scrutiny by many different bodies, Arab, Jewish, and international. On Friday the SECRETARY of STATE for the COLONIES laid it before the most important of them all—the Permanent Mandates Commission of the League of Nations. He put the case for the British Government, who have accepted the plan in principle, in a statement the main points of which have been published. In this he pointed out that, while the Permanent Mandates Commission is only authorized by the Council to give a preliminary report, there must be no misunderstanding as to the issues involved. If the Commission reported in favour of these proposals, its approval would involve *inter alia* the preparation of a definite scheme for their execution. Such a scheme would comprise the demarcation of the frontiers of the new States and of the reserved area, the conclusion of treaties with their Governments, and the amendment or modification of the Mandate. While the British Government were not tied to the particular plan which had been proposed, they saw in partition the most hopeful solution of the deadlock which had arisen because Jewish and Arab aspirations were mutually antagonistic, and also, as the COLONIAL SECRETARY is understood to have explained later, because recent political changes in other Arab countries made the maintenance of the present system in Palestine virtually impossible. MR. ORMSBY-GORE elaborated his statement in another meeting which was held—again *in camera*—on Saturday, and yesterday he answered a vast number of frequently hypothetical questions put by the experts of the Commission. It is still too early to foresee how the Commission will treat the British request for what is, in effect, the partial surrender of the Mandate. If it decides to recommend the League Council to adopt the proposed solution it will presumably formulate its decision in a resolution which would then be reported on to the Council. But it is far from certain that it will do more than enumerate the various solutions of the Palestinian problem which have been dealt with in the Royal Commission's Report, and after reviewing their advantages and disadvantages leave the Council to form its own view and take its own decisions.

While the plan of partition is being studied at Geneva, it will be the subject of stormy discussion at Zürich from to-day. The twentieth Zionist Congress which is meeting there has many problems to consider, but its attention will be concentrated upon the Report and the recommendations of the Royal Commission, and their acceptance by the British Government. It is still impossible to make any forecast of the attitude of the Congress towards this all-important issue. Jewry as a whole instinctively dislikes the idea of partition, and

the Mizrahi or Orthodox Zionists, who are represented by nearly a sixth of the 450 delegates, will oppose it on religious grounds. The more advanced wing of Jewish Labour is also hostile to partition; and although the Revisionists will not be represented at the Congress their hostility to any scheme that does not provide for an all-Jewish Palestine may affect some of the rival groups. Another line of cleavage may also become manifest at Zürich. The Jews of America, who have been the chief contributors to Zionist funds, and their supporters in Western Europe seem opposed

in principle to any division of "Eretz Israel." In those Central and East European countries where the political and economic situation of the Jewish minority is already appallingly bad and may grow worse, partition will not be so readily condemned. It offers the younger generation of Jews in those countries a hope of escape from an impossible environment. It offers Jewry as a whole the supreme moral satisfaction of the establishment of a Jewish sovereign State, in the land to which Jews have looked longingly since the Babylonian captivity. Both these advantages were put to a meeting of Zionists yesterday by DR. WEIZMANN in a characteristically statesmanlike speech. THEODOR HERZL, who convened the first Zionist Congress forty years ago, might have accepted such an offer.

There remain the Arabs of Palestine, divided into two mutually hostile organizations but for the nonce united in opposition to the Royal Commission's plan. The Higher Arab Committee, which is led by the MUFTI of JERUSALEM, has sent delegates to Geneva who have submitted a memorandum to the Mandates Commission. It is described by our League Correspondent as a "purely negative and uncompromising document couched in terms that can contribute 'nothing to a settlement.'" Nothing better can be expected of HAJ AMIN and his group, and although he has lost some prestige by sitting as a self-constituted prisoner near the Mosque of Omar, he has not lost enough for his rivals of the National Defence Party to utter the mildest public approval of the Royal Commission's plan. But under the surface much Arab opinion in Palestine remains confused and uncertain; the diehards are most vocal, but they can only repeat claims which neither the League of Nations nor HIS MAJESTY'S Government could tolerate. Partition still holds the field as the only visible and practical solution of the Palestinian deadlock, and it will be surprising if Geneva can discover a better. Meanwhile British public opinion, which deserves attention, is not in the least likely to put up with a return to a system that has been tried and found wanting.

Great Britain and the East (London)

Nr. 1367

The League and Palestine.

There appears to be a tendency to believe that the British Government is retreating from the position it took up in the recent White Paper on Palestine, that it is inclined to bow its head before the storm of criticism on the Partition proposals. The belief is a delusion. Unless Arabs and Zionists themselves are to evolve such a reconciliatory plan as would convince all the world of its superiority to the Partition plan, the Government will ride the storm.

Tactfully, yet quite resolutely, the Colonial Secretary last week unfolded the Government's mind to the Permanent Mandates Commission. The road to Partition is not a short one: no informed person supposed the contrary. The plan is not one merely to escape from an intolerable mess, but to construct on firm foundations for the future.

The immediate procedure is for the Mandates Committee to make an interim report to the Council of the League, which will then pronounce in principle on Partition. That done, the Government will draw up a definite scheme, which scheme is to be considered by the Parliament that reserved its right of judgment. Then, and necessarily after some negotiation, will come the setting up of a Boundary Commission for Palestine.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

436

Nr.

Die Araber bleiben bei ihren Forderungen.

Palästina und der Völkerbund.

□ Kairo, 27. August. Die aus Genf zurückgekehrten Mitglieder der arabischen Delegation Palästinas haben nach einer Meldung aus Jerusalem mehreren Pressevertretern eine Unterredung gewährt, in der sie über ihre Eindrücke in Genf sprachen. Sie erklärten, daß England zweifellos den Teilungsplan unverändert durchzuführen gedenke. Der arabische Widerstand dagegen werde jedoch davon nicht beeinflusst werden. Man bereite die Entsendung einer gemischten, aus Mohammedanern und Christen bestehenden Abordnung vor, um die Probleme des heiligen Landes nochmals vor den Völkerbund zu bringen. Man habe nichts gegen eine Konferenz mit den Juden, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die Juden vorher folgende arabischen Forderungen anerkennen: Einstellung der jüdischen Einwanderung; Verbot des Verkaufs arabischen Grund und Bodens an Juden; Bildung einer national-arabischen Regierung Palästinas.